

Federle empört über Stolz

Tübinger Notärztin wendet sich gegen Notrufnummern-Erlass der Ministerin

Die Tübinger Notarzt-Chefin Lisa Federle hat Sozialministerin Monika Stolz falsches Spiel um die Notrufnummer vorgeworfen. Sie sorgt sich um die medizinische Versorgung, wenn Hilfesuchende nur noch über die Feuerwehr den Notarzt alarmieren können.



Brandmeister Achim Weimer in der Tübinger Feuerwehr-Leitstelle: Sollen hier künftig sämtliche Notrufe eingehen? Archivbild: Sommer

Tübingen. Lisa Federle zeigte sich gestern empört wie selten. Die Ärztliche Leiterin des DRK-Rettungsdienstes findet es seltsam, wie das Stuttgarter Sozialministerium mit ihr umspringt. Auf mehrere Anschreiben habe sie keine Antwort erhalten. „Frau Stolz spielt kein faires Spiel“, schimpfte sie, eben aus Baden-Baden zurückgekehrt, am Telefon über die Ministerin aus Ulm.

Was die mit Rekordstimmenzahl in den Tübinger Gemeinderat gewählte Notärztin und stellvertretende DRK-Kreisverbandsvorsitzende aufregt, ist ein Erlass von Monika Stolz. Die Ressortchefin hat verfügt, dass in Baden-Württemberg künftig nur noch die Notrufnummer 112 von den Rettungsdiensten beworben werden darf. Damit hat die Ministerin europäische Vorgaben umgesetzt.

Gegen die einprägsame und seit langem europaweit eingeführte Nummer hat Lisa Federle nichts einzuwenden. Nur: Wer die 112 im Kreis Tübingen wählt, landet bei der Feuerwehr-Leitstelle in Tübingen. Mit der 19222, die künftig nur noch zum Einsatz kommen darf, wenn ein Krankentransport angefordert werden soll, läuft man direkt bei der DRK-Leitstelle im Derendinger Steinlachwasen auf.

Mit der 112 selbst will sich Federle, wie gesagt, arrangieren. Aber sie möchte, dass Leute, die diese Nummer wählen, künftig direkt den Notdienst des DRK erreichen. Das aber, so Federle, untersage das Ministerium. Eine Anfrage des TAGBLATTs im Ministerium ergab ein anderes Ergebnis. Ein Aufschalten der 112 beim DRK sei „rechtlich möglich“, erklärte Ministeriumssprecherin Marion Deiß.

Lisa Federle hält sich an die Auskunft, die ihr gegeben wurde, und zieht daraus ihre Schlüsse. Durch den Wegfall der 19222 und dem ausschließlichen Aufschalten der 112 bei der

Feuerwehr bis zur Einrichtung einer integrierten Leitstelle befürchtet sie eine „Verschlechterung der notfallmedizinischen Versorgung“.

Die Notärztin macht deutlich: „Ich wehre mich gegen politische Entscheidungen, die gegen das Wohl der Patienten gerichtet sind.“ Sie argumentiert so: Wenn der Ruf nach notärztlicher Hilfe bei der Feuerwehr aufläuft, gehe wertvolle Zeit bis zur Alarmierung des Notarztes verloren. Denn bis sich der Diensthabende bei der Feuerwehr-Leitstelle ein Bild von dem Anliegen des Anrufers gemacht habe und den Anrufer an den Kollegen beim Roten Kreuz weitergeleitet habe, würden die Sekunden und Minuten verrinnen.

Der Tübinger Erste Bürgermeister Michael Lucke beurteilt die politischen Vorgaben der Stuttgarter Landesregierung gelassener. Dass sich die Ministerin für die 112 stark mache, sei nachzuvollziehen. Die 19222 hält Lucke für einen Anachronismus: „Diese Nummer kann sich doch kein Mensch merken.“ Und dass der Notruf bei der Feuerwehr aufläuft, erscheint ihm sinnvoll.

Lucke: Wir stellen

uns nicht in den Weg

Lucke geht davon aus, dass das Rettungsdienstgesetz in der jetzigen Form den Landtag passieren wird. Der Entwurf verpflichtet die Leitstellen von Rettungsdienst und Feuerwehr zum integrierten Betrieb in gemeinsamer Trägerschaft. Deshalb, so Lucke, werde es auch in Tübingen zu einer integrierten Leitstelle kommen. „Man muss pragmatisch mit dem Gesetz und dem ministeriellen Erlass umgehen“, sagte Lucke. Wenn das in Auftrag gegebene Gutachten über die Arbeit der Leitstellen vorliege, werde man das Gesetz möglichst rasch umsetzen: „Da stehen wir nicht im Wege.“

Federle strebt ebenfalls die gemeinsame Leitstelle an. „Ich werde alles daran setzen, dass sie integriert wird“, sagte sie. Bis sie aber eingeführt werde, müsse eine Lösung geschaffen werden, die für die Patienten keine Verschlechterung bedeute.

Landrat Walter will um Tübinger Lösung kämpfen

Der Tübinger Landrat Joachim Walter hadert wegen des neuen Rettungsdienstgesetzes mit der Landesregierung. Der im Landtag eingebrachte Entwurf schreibt fürs ganze Land integrierte Leitstellen vor. In Tübingen arbeiten die Leitstellen des Roten Kreuzes und der Feuerwehr getrennt. Früher habe er auch geglaubt, dass integrierte Leitstellen besser seien. Die Arbeit vor Ort habe ihn eines anderen gelehrt. Die getrennten Leitstellen funktionierten sehr gut und seien wirtschaftlicher als integrierte Leitstellen. SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid teilt Walters Ansicht. Sie kritisierte, das Gesetz solle ohne öffentliche Anhörung durchgepaukt werden. Walter kündigte an: „Wir werden um die Tübinger Lösung kämpfen.“

Text: raimund weible